



Antritt von rechts

Ein Überblick über Wahlantritte
rechter Parteien zu den Berliner Wahlen im September 2016

Am 18. September 2016 finden in Berlin die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen und zum Abgeordnetenhaus statt. Neben altbekannten Rechtsaußenparteien wie der NPD tritt nun auch in Berlin die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) an. Die Broschüre gibt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen rassistischer Mobilisierungen im Land sowie über Strategien, Programmatik und Personal der zur Wahl antretenden Rechtsaußenparteien und berät über Möglichkeiten des Umgangs im Berliner Wahlkampf.

Rassistische Gewalt und die neue Dynamik rechter Formierung

Nachdem am letzten Wochenende im Januar 2016 gleich fünf Gebäude in Sachsen, in denen Geflüchtete untergebracht werden sollten, Ziel von Anschlägen geworden waren, meldete sich der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz zu Wort und verwies darauf, dass im ganzen Bundesland eine gefährliche Pogromstimmung herrsche. Ähnliche Einschätzungen sind auch aus anderen Bundesländern zu vernehmen. Tatsächlich gibt die Entwicklung insbesondere der letzten zwei Jahre in mehrfacher Hinsicht Anlass zu besonderer Aufmerksamkeit und antifaschistischer Intervention.

Das Spezifische der aktuellen Entwicklung wird durch das Zusammentreffen verschiedener Entwicklungen und Faktoren markiert. Hierzu zählt zunächst die im Jahre 2015 stark angestiegene Zahl von Geflüchteten, die in Europa und besonders der Bundesrepublik Deutschland Schutz und Zukunftsperspektive erhoffen und sich dazu erheblichen Risiken für Leib und Leben aussetzen. Sie sind vielfach im Rahmen einer ›Willkommenskultur‹ empfangen worden, der sich auch Boulevard-Blätter wie die BILD-Zeitung nicht vollständig entziehen konnten. Hinter dieser zunächst auch medial sehr sichtbaren ›Willkommenskultur‹ gab es von Beginn an zahlreiche Zweifler*innen und ausgemachte Gegner*innen der Aufnahme einer größeren Zahl von Geflüchteten beziehungsweise von Schutzsuchenden überhaupt. Die Probleme bei der Unterbringung und Beheimatung der Neuankommenden, die von den Zweifler*innen und Gegner*innen als willkommene Argumente gegen solidarisches Handeln angeführt wurden, sind auch Symptom

einer schleichenden Aushöhlung der freien Wohlfahrtspflege und der Daseinsvorsorge, etwa im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus. Ablehnung und Feindschaft gegenüber den Schutzsuchenden verweisen zugleich auf das Fortbestehen völkischer beziehungsweise kulturalistisch gedeuteter Homogenitätsvorstellungen und einen virulenten antimuslimischen Rassismus.

Ein weiterer zentraler Faktor ist die Entstehung neuer politischer Akteure im parlamentarischen wie nicht-parlamentarischen Raum. Mit PEGIDA ist eine in dieser Qualität in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher einmalige rassistische Mobilisierung entstanden. Sie hat ihr Epizentrum in Dresden, wo es ihr seit über 18 Monaten regelmäßig gelingt, Tausende gegen eine liberale Asyl- und Flüchtlingspolitik und gegen eine religiös vielfältige Gesellschaft auf die Beine zu bringen. Auch wenn die Mobilisierungsspitzen zeitlich bereits

Inhalt

1 Rassistische Gewalt und die neue Dynamik rechter Formierung 4 Vielfältig radikal: Die Berliner AfD 8 Der Sprung ins kalte Wasser: Zum Umgang mit Rechtspopulismus im Berliner Wahlkampf 14 »Auf einen schönen, körperlich betonten Wahlkampf« - Die Berliner NPD im Jahr 2016 16 Pro Deutschland und andere Kleinstparteien 18 Bildungsangebote von MBR und apabiz 20 Impressum

etwas zurückliegen, so ist das Ausmaß der Aktivitäten doch einzigartig. Es hat der extremen Rechten verdeutlicht, dass es Möglichkeiten gibt, die in der Bevölkerung vorhandenen völkischen und nationalistischen Stimmungen und Einstellungen auf der Straße sichtbar zu machen. Wenn es den PEGIDA-Ablegern in anderen Städten auch nur vereinzelt geglückt ist, Tausende zu mobilisieren, so darf doch nicht übersehen werden, dass in den letzten zwei bis drei Jahren Tausende von rassistischen Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden haben, die auch Städte und kleine Orte erreicht haben und dort zu öffentlicher rassistischer Formierung geführt haben.

Mit der AfD hat sich zudem eine Partei in mehreren Landtagen etablieren können, deren Führungspersonal nach dem Putsch gegen den früheren Parteivorsitzenden Bernd Lucke im Juli 2015 inzwischen offen den Anschluss an extrem rechte Parteien im europäischen Ausland sucht und Aktivist*innen verschiedener extrem rechter und rassistischer Netzwerke und Gruppierungen anzieht. Die Themen Asyl und Einwanderung, »der Islam«, eine reaktionäre Familienpolitik und die Europäische Union dienen der AfD dabei als wirkmächtige Themen, um »das Volk« gegen die »politische Klasse« und die etablierten Medien zu mobilisieren. Ziel ist eine nationalistisch-autoritäre Umgestaltung der Gesellschaft. Die im Zuge der Wahlerfolge erschlossenen Ressourcen – etwa Abgeordnetenmandate, Mitarbeiterstellen und Infrastruktur – kommen nicht zuletzt extrem rechten und völkischen Aktivist*innen zugute, die sich beispielsweise dem INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK oder den sogenannten IDENTITÄREN verbunden fühlen. Auf ein Projekt wie die AfD hat die extrem rechte Stammkultur seit vielen Jahren gewartet beziehungsweise an seiner Realisierbarkeit gearbeitet.

Die NPD ist nicht nur mit dem Verbotsverfahren konfrontiert, sondern agiert auch vielfach im Schatten der AfD, die zahlreiche ihrer Wähler*innen abgeworben hat. An vielen Aktionen gegen Geflüchtete ist sie aktiv beteiligt, wenn dies auch nicht immer in den Vordergrund gestellt wird. In gewissem Umfang hat sie sich konsolidiert; insbesondere die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016 – nur vierzehn Tage vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus – stellt eine wichtige Etappe für die NPD dar. Gelingt ihr zum dritten Mal der Einzug in den Landtag, dann bleibt sie im neonazistischen Spektrum eine relevante Akteurin; scheitert sie, wird sie für entsprechende Aktivitäten und Netzwerke weniger bedeutsam. Die Entscheidung über das Verbot wird für den Herbst 2016 erwartet – Ausgang ungewiss.

Mit PEGIDA und AfD sind in jüngerer Zeit innerhalb und außerhalb des Parlaments zwei völkisch-nationalistische Akteure handlungsfähig und wirkmächtig geworden, die die rassistische Protestwelle vorantreiben wie von ihr profitieren und entsprechenden Einstellungen in organisierter Form politischen Einfluss verschaffen möchten. In ihr finden sich zahlreiche Beispiele neuer Formen der Zuspitzung von rechtsaußen. Blockaden von Bussen mit Geflüchteten, die symbolische Formierung von Grenz(kontroll)en und die offensive Berufung auf ein in der aktuellen Situation angeblich existierendes Widerstandsrecht gemäß Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz zielen darauf ab, einer wachsenden Zahl von Menschen Erfahrungen rassistischer Selbstermächtigung zu vermitteln und in die Konfrontation mit staatlichen Institutionen zu führen.

Die rassistische Selbstermächtigung findet ihren Ausdruck zudem in einer Gewalteskalation, die sich sowohl in einer in der gesamten Bundesrepublik Deutschland steigenden Zahl von Gewalttaten als auch im zunehmenden Einsatz von Sprengmitteln zeigt. Während die Täter*innen aus extrem rechten Szenen von einem völkischen Homogenitätsideal angetrieben werden, das Einwanderung als existentielle Bedrohung und Ursache gesellschaftlichen Niedergangs interpretiert, handeln andere, die bisher nicht als rassistisch wahrgenommen wurden, in der Absicht, sich die Geflüchteten durch das Inbrandsetzen von Unterkünften als Nachbar*innen vom Leib zu halten. Gewalt gegen Unterkünfte für Geflüchtete hält eine relevante Minderheit der Bevölkerung für »verständlich«. Mit gezielten Falschinformationen und in hetzerischer Weise wird über das Internet Stimmung gegen Geflüchtete und die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der »Willkommenskultur« gemacht. Neonazistische Gruppierungen wie DER III. WEG stellen entsprechende Informationen bereit und beteiligen sich an Einschüchterungen.

Gleichwohl ist die aktuelle Entwicklung nicht zu verstehen ohne einen Blick auf etablierte politische Akteure. Zu erinnern ist beispielsweise an den breiten Zuspruch, den das Buch »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin nach seinem Erscheinen im Jahr 2010 erhielt. Mit über 1,6 Millionen verkauften Exemplaren gehört diese rassistische Verfallsprognose zu den meist verkauften »Sach«büchern in der Bundesrepublik. Popularisiert durch die BILD-Zeitung hat der Zuspruch zu Sarrazin das Vorhandensein einer »rohen Bürgerlichkeit« verdeutlicht, die sich auch in einer aggressiven Missachtung von Hilfebedürftigen und gesellschaftlich an den Rand gedrängten Menschen äußert, etwa gegenüber Langzeitarbeitslosen, niedrig qualifizierten Zu-



Protest gegen eine NPD-Kundgebung am LaGeSo (c) apabiz

wandernden oder Menschen mit Behinderungen.

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel sich mit Blick auf außenwirtschaftliche Interessen und in Kenntnis der verfassungsrechtlichen Lage (Asylrecht als Individualrecht) der Forderung nach Benennung von Obergrenzen verweigert hat, hat ihr Kabinett seit Sommer 2015 eine Reihe von Einschränkungen des Asylrechts beschlossen, die zu den weitgehendsten seit der gravierenden Beschränkung des Grundgesetzartikels 16 nach der rassistischen Massengewalt der frühen 1990er Jahre gehören. Hierzu gehören insbesondere die Einstufung weiterer Balkan-Staaten sowohl von Marokko, Algerien und Tunesien als »sichere Herkunftsstaaten«. Dies soll gegenüber einwanderungs-skeptischen Teilen der Bevölkerung Handlungsfähigkeit demonstrieren, erkennt jedoch, dass es Rassist*innen nicht um Kompromisse geht; sie wollen den autoritären Staat, der die Zahl der »Fremden« auch gegen Menschenrechtskonvention und internationale Abkommen deutlich reduziert. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hat die Kanzlerin monatelang offensiv unter Druck gesetzt und ihren Standpunkt – wie AfD und extrem rechte Akteure – als Verfassungsbruch bezeichnet. Sein Pakt mit Orban und die Bereitschaft zur Entsendung von Polizeieinheiten an den Brenner tragen zur Rechtfertigung einer restriktiven und inhumanen Asylpolitik bei.

Der in den ersten Monaten des Jahres 2016 zu beobach-

tende Rückgang der Zahl nach Deutschland flüchtender Menschen hat bis in den Mai hinein nicht zu einem Rückgang der Unterstützung für die AfD geführt. Auch deren Radikalisierung hat ihr bisher in den Umfragen nicht geschadet. Die Möglichkeit einer dauerhaften Etablierung einer mobilisierungsfähigen völkisch-nationalistischen Partei ist real. Sie kann auf ein entsprechendes Milieu vertrauen, das ihr erfahrene Kader zuführt. Sie kann aufgrund ihrer parlamentarischen Erfolge auf erhebliche Ressourcen zurückgreifen. Und sie hat bereits jetzt gezeigt, dass sie die im Bundestag vertretenen Parteien unter Druck setzen kann.

Fabian Virchow

Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns und leitet an der Hochschule Düsseldorf den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus (FORENA). Jüngste Veröffentlichungen als Autor: »Nicht nur der NSU – Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland« (Erfurt 2016) bzw. Mitherausgeber: »Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe« (Schwalbach/Ts. 2016), »Neue soziale Bewegung von rechts?« (Hamburg 2016) und »Handbuch Rechtsextremismus« (Wiesbaden 2016).



AfD-Demonstration am 07.11.2015 in Berlin (c) Christian Ditsch

Vielfältig radikal: Die Berliner AfD

Es ist alles andere als eine waghalsige These: Die Alternative für Deutschland (AfD) wird nach der Wahl am 18. September 2016 auch in Berlin in das Abgeordnetenhaus sowie die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) einziehen. Erstmals seit den Republikanern (REP) 1989 wird damit eine Rechtsaußenpartei auf Landesebene parlamentarisch präsent sein. Mit Blick auf die Prognosen gelingt es der AfD gemäß dem bundesweiten Trend derzeit auch in Berlin, das Potential an Personen mit extrem rechten Einstellungen zu aktivieren, das sich in Umfragen schon seit vielen Jahren offenbart.

Beim Landesparteitag am 16. Januar 2016 folgte die Berliner AfD der bundesweiten innerparteilichen Entwicklung und machte mit der Wahl des neuen Vorstandes unter der Doppelspitze BEATRIX VON STORCH und GEORG PAZDERSKI personell einen deutlichen Schritt nach rechts. Der im April 2013 gegründete Landesverband unter GÜNTER BRINKER war bis dahin zurückhaltend, konturlos und kaum wahrnehmbar gewesen. Als die Berliner AfD im Frühjahr 2016 das Wahlprogramm vorbereitete, zeichnete sich erstmals ein konkretes politisches Profil ab. Just zu der Zeit verschärften prominente AfD-FunktionärInnen wie BJÖRN HÖCKE, FRAUKE PETRY, ALEXANDER GAULAND und eben auch BEATRIX VON STORCH drastisch den

Ton und positionierten sich mit völkisch-nationalistischen und asylfeindlichen bis offen rassistischen Thesen. Diese Radikalisierung brachte der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit 24,3% ihren bisher größten Wahlerfolg ein und schlug sich infolge auch in Teilen des Bundesprogramms nieder. Im Berliner Wahlprogramm hingegen finden sich auf den ersten Blick gemäßigte Formulierungen. Das mag ein taktisches Vorgehen sein, um sich in der pluralen Stadt Berlin nicht ganz ins rechte Abseits zu stellen, oder aber ist der Heterogenität des Landesverbandes geschuldet, in dem sich die scharfen Rechtsausleger der Partei nicht in aller Konsequenz durchsetzen konnten.

Anti-egalitäre und antidemokratische Programmatik

Bei genauerer Betrachtung des Berliner Wahlprogramms wird jedoch vor allem bei den Themen »Familie und Kinder«, »Innere Sicherheit und Justiz« sowie »Einwanderung und Integration« deutlich, wohin die Reise gehen soll. In Ergänzung mit dem gesprochenen Wort des Personals ergibt sich daraus eine reaktionäre Kampfansage an die etablierte Politik und Medien, vor allem aber an eine offene liberale Gesellschaft und die demokratischen und emanzipatorischen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte. Kennzeichnend ist die altbekannte Stimmungsmache gegen die verhassten ‚68er‘ und gesellschaftliche Verhältnisse, mit denen diese in Verbindung gebracht werden. Mit

anti-egalitären Positionen sehnt sich die AfD zurück in die »gute alte Zeit« des autoritären Nationalstaats. Ziel ihrer Politik ist die idealisierte heteronormative weiß-deutsche und elitäre Mittelschicht, die gegen möglichst jegliche Einflüsse von Außen abgeschottet werden soll. Auch die Berliner AfD verfolgt dabei das altbekannte strategische »Ja, aber...«-Muster: Zunächst wird vorgeschoben, bestimmte Dinge prinzipiell anzuerkennen oder zumindest zu akzeptieren. Mit den folgenden restriktiven Einschränkungen bis hin zur Forderung nach staatlichen Verboten bleibt vom anfänglichen Zugeständnis faktisch nichts mehr übrig.

Wenig überraschend wird die klassische und bestenfalls kinderreiche deutsche Familie als »Keimzelle unserer Gesellschaft« betrachtet. Das Geschlechterbild, das die AfD verfolgt, orientiert sich an längst überwunden geglaubten antifeministischen Positionen des vergangenen Jahrhunderts. Bezogen auf Homosexualität betont die AfD, diese zwar prinzipiell anzuerkennen, der »Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe, insbesondere beim Adoptionsrecht« wird jedoch eine strikte Absage erteilt. Mit realitätsfremden Szenarien schürt sie zudem diffuse Ängste. So dürfe der »Sexualkundeunterricht an Schulen [...] nicht von Lobbygruppen sexueller Minderheiten durchgeführt werden«. Ansonsten drohe eine angebliche »Frühsexualisierung, die die natürlichen Schamgrenzen der Kinder verletzt«. Beim Thema Abtreibung finden sich eher zurückhaltendere Worte als es zu vermuten gewesen wäre. Immerhin steht mit Beatrix von Storch eine bestens vernetzte christliche Fundamentalistin und sogenannte »Lebensschützerin« dem Landesverband vor.

Eine besonders tiefe Abneigung hegt auch die Berliner AfD gegen Gender Mainstreaming als regulierenden Versuch diskriminierungsfreier Gleichbehandlung. Das verwundert nicht, ist es doch eines der derzeit beliebtesten Hassthemata der extremen Rechten. Darüber hinaus maßt sich die AfD an, universitäre Wissenschaft definieren und regle-

»Wir glauben, dass Gender-Forschung keine Wissenschaft ist, sondern es ist einfach eine Einstellung von Personen, die bestreiten, dass es zweierlei Geschlecht gibt, sondern sagen, dass es viele, viele sexuelle Orientierungen und auch Geschlechter gibt, Geschlechterorientierungen gibt. Und wir bestreiten das. Das ist nicht richtig.«

Georg Pazderski, Spitzenkandidat der AfD am 03.04.2016 in der ZDF-Sendung »Berlin Direkt«

mentieren zu wollen. So dürften »Migrationsforschung und Minderheitenstudien [...] nicht auf Kosten anderer Fächer gefördert« werden. Gender Studies werden gar als »pseudo-wissenschaftliche Geschlechterstudien« diffamiert, deren Förderung »in allen Bereichen zu beenden« sei.

Offene Asylfeindschaft und Eingriffe in die Religionsfreiheit

Die beschriebene Strategie wird umso deutlicher beim Thema »Asyl und Integration«. Zwar wird zunächst behauptet, das Asylrecht und »humanitäre Hilfe zugunsten von Schutzbedürftigen, insbesondere Bürgerkriegsflüchtlingen« prinzipiell zusichern zu wollen. Umgehend wird dies jedoch durch die vehemente Ablehnung zentraler Aspekte des Asylrechtes, welches ohnehin in der jüngsten Zeit durch die Bundesregierung massiv eingeschränkt wurde, quasi negiert. So sollen nach Willen der Berliner AfD nur noch politisch Verfolgte überhaupt einreisen dürfen. Die nötigen Asylverfahren sollen »vor der Einreise nach Deutschland ausschließlich in Asylzentren [...] in Drittstaaten oder an den Außengrenzen der EU« stattfinden. Für Bürgerkriegsflüchtlinge wird das besonders perfide Ziel formuliert, diese sollten »ein Ende der fluchtverursachenden Konflikte in ihren jeweiligen Herkunftsregionen« abwarten. Während diese Punkte auf bundespolitischer Ebene entschieden werden und damit landespolitisch kei-

»Bereits in Deutschland lebende Menschen [gemeint sind Geflüchtete; Anm. d. Verf.] können wir derweil in spärlich besiedelte Landstriche Deutschlands bringen und sie dort geschützt unterbringen. Dafür genügen ein paar Quadratkilometer Heide. Wir brauchen dafür, für die vorübergehenden Flüchtlingslager, keine 94 Milliarden Euro. Wir brauchen dafür Bauholz, Hämmer, Sägen und Nägel.«

»Der Muezzinruf hat mit Religionsfreiheit gar nichts zu tun. Stellen Sie sich vor, es gäbe eine Religion, nach der man, um seinem Gott gefällig zu sein, fünf mal am Tag auf die Straße pinkeln muss. Würden wir das auch im Rahmen der Religionsfreiheit tolerieren? Herrgott nochmal, natürlich nein!«

Andreas Wild, Bezirksvorstand und Kandidat für die BVV Steglitz-Zehlendorf sowie auf Platz 16 der Landesliste, Redeauszüge einer AfD-Kundgebung in Erfurt am 18. Mai 2016

nerlei Relevanz haben, fordert die AfD für Berlin einen »sofortigen Aufnahmestopp«. Ergänzt wird dies durch eine Auflistung, welche Art der Unterbringung bzw. Nutzung als Notunterkünfte die AfD ablehnt. Zusammengefasst betrifft es alle derzeitigen Möglichkeiten im innerstädtischen Bereich. Als einzige Option bleiben nicht genutzte Gebäude fernab jeglicher Siedlungsgebiete, ohne Anbindung an ziviles Leben und Infrastruktur. Diese Forderungen tasten die Menschenwürde des Grundgesetzes an und stellen das Grundrecht auf Asyl in Frage.

Bezogen auf den Islam fordert die AfD fundamentale Restriktionen der religiösen Ausübung. Insbesondere auf Bundesebene vertretene Forderungen tragen bisweilen deutlich antidemokratische Züge, und es ist fraglich, inwiefern diese in der Konsequenz mit der grundgesetzlich verbrieften Religionsfreiheit vereinbar wären. Im Berliner Programm erfolgt zwar zunächst ein formelles Bekenntnis zur Religionsfreiheit. Doch nicht nur die »Auslandsfinanzierung von muslimischen Vereinen und Moscheen« will die AfD staatlich unterbunden wissen. Im Vorwort wird deutlich, dass für die AfD »der Islam eben nicht zu Deutschland gehört – und dass wir in Berlin den Ruf des Muezzins nicht fünfmal am Tag hören wollen«. Das Berliner Wahlprogramm lässt darüber hinaus eine begriffliche Trennschärfe zwischen Islam, Islamismus und islamistischem Terrorismus vermissen.

Umwelt- und Sozialpolitische Interessenspolitik

Auch bei anderen Themen, die im Zusammenhang mit der AfD bisher eher wenig Beachtung fanden, besticht die Partei durch krude Thesen. So wird der wissenschaftliche Be-



Der AfD-Kandidat für Neukölln und Anhänger der Patriotischen Plattform, Johannes Sondermann, auf der AfD-Demonstration am 31.10.2015 in Berlin-Mitte (c) Christian Ditsch

leg der Erderwärmung durch menschlich verursachte CO₂-Überproduktion abgestritten.

Im sozialpolitischen Profil der Partei spiegeln sich die Interessen ihrer Hauptzielgruppe wider: dem Mittelstand. So verspricht die Berliner AfD im Vorwort zum Programm zwar »bezahlbaren Wohnraum«, konkretisiert dieses Versprechen aber lediglich für die Besserverdienenden der Stadt. So setzt sich die AfD für eine »Förderung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum« ein, ebenso wie für erleichterte Baugenehmigungsverfahren. Die Mehrzahl der Berliner_innen, die in Mietwohnungen wohnen und vielfach einen wesentlichen Anteil ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen, finden im Programm hingegen keine Interessenvertretung.

Nicht wenige Positionen der Partei bauen auf gesellschaftlichen Unsicherheiten auf, denen mit restriktiven Forderungen begegnet wird, wie etwa der Verschärfung des Jugendstrafrechts. Anders verhält es sich mit dem Wafferecht: Eine Verschärfung dessen lehnt die Berliner AfD ab, da sie darin eine »Überwachung, Bevormundung und Kriminalisierung unbescholtener Bürger« wittert.

Personalia

Spitzenkandidat ist der bisher eher unauffällige Georg Pazderski. Der Bundeswehroberst a.D. mit hochrangiger internationaler Erfahrung war zwar unter dem ehemaligen Bundesvorsitzenden BERND LUCKE Geschäftsführer, öffentlich aber kaum wahrnehmbar. Beatrix von Storch wird in der Berliner Landespolitik hingegen keine Rolle spielen und stattdessen ihr Mandat im EU-Parlament fortführen.

Die bereits über 1.000 Mitglieder zählende Berliner AfD wird neben der 37 Personen zählenden Landesliste voraussichtlich in allen Bezirken mit Bezirkslisten sowie DirektkandidatInnen für das Abgeordnetenhaus antreten. Darunter finden sich viele bisher Unbekannte und parteipolitisch

»Wir sehen mit wachen Augen, dass diese, unsere Heimat, von einer realitätsfremden, volksfeindlichen und überheblichen Politikerkaste mit Vollgas gegen die Wand gefahren wird. Diese Vernichtung ist von uns nicht gewollt. Wir lehnen sie ab und wir werden uns mit aller Macht dagegen zur Wehr setzen. Sollten diese Entwicklungen in unserem Land nicht durch eine sofortige Umkehr rückgängig gemacht werden, wird von dem Deutschland, in dem wir aufgewachsen sind, nämlich nicht mehr viel übrig bleiben. Im Namen der Jugend fordere ich deshalb: Schützt unsere Zukunft. Rettet unsere Heimat.«

Thorsten Weiß, Landesvorsitzender der Berliner Jungen Alternative, Landesvorstandsmitglied und Kandidat für das Abgeordnetenhaus auf einer AfD-Kundgebung am 31. Oktober 2015 in Berlin

gänzlich Unerfahrene sowie etliche ehemalige Mitglieder von CDU und FDP, aber auch vereinzelt von den PIRATEN oder DIE LINKE. Aber es finden sich auch Personen, die hin-

lassen. Ebenfalls enge Verbindungen pflegt die JA Berlin zur IDENTITÄREN BEWEGUNG BERLIN-BRANDENBURG. Mit JANNIK BRÄMER sitzt ein zentraler Akteur der Berliner Identitären als

»Worüber man nicht mehr reden kann, ist, die eigenen Grenzen für Millionen Glücksritter zu öffnen und gleichzeitig die wenigen noch einsatzfähigen Soldaten nicht an diese bedrohte Grenze zu schicken, sondern in ein fernes Land, um dort einen Krieg zu führen, der uns nichts anzugehen hat. Diesen Vorgang bezeichnet man in Frankreich auch als den »Großen Austausch«. Es ist der Versuch, das deutsche Volk, das doch hier der Souverän sein soll, auszutauschen. Und das ist mehr als alles Andere ein Verrat. Es ist Verrat an allem was uns heilig ist, es ist Verrat an unserer Kultur, an unserer Geschichte und zu allererst Verrat an unseren Kindern.«

Jörg Sobolewski, Landeslistenplatz 24, am 20. Februar 2016 bei der extrem rechten Kundgebung von ZUKUNFT HEIMAT in Lübben

länglich als Teil der extremen Rechten der Stadt bekannt sind, sei es durch vorherige Aktivitäten bei PRO DEUTSCHLAND und DIE FREIHEIT oder in parteiunabhängigen Strukturen und Netzwerken. Listenplatz 3 der Landesliste bekleidet RONALD GLÄSER, Pressesprecher und Vorstandsmitglied der Berliner AfD. Gläser ist bemüht in der Öffentlichkeit zu verschweigen, dass er seit 20 Jahren Redakteur der neurechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT ist. Wie tolerant die Berliner AfD hinsichtlich der Annäherung ihrer AktivistInnen selbst an ein dezidiert neonazistisches Spektrum ist, zeigt sich am Beispiel des ehemaligen Bezirksvorstandsmitglieds aus Lichtenberg, HERIBERT EISENHARDT. Der regelmäßige Redner bei BÄRGIDA nahm im April 2016 an einer offen neonazistischen Demonstration in Marzahn-Hellersdorf teil. Eisenhardt ist neben JOHANNES SONDERMANN einer der wenigen Aktiven in der Berliner AfD, die öffentlich als PATRIOTISCHE PLATTFORM in Erscheinung treten. Ebenfalls im Lichtenberger Kreisverband aktiv ist Bezirksvorstandsmitglied KAY NERSTHEIMER, der sowohl auf der Bezirksliste als auch als Direktkandidat kandidiert. Nerstheimer gab sich im Jahr 2012 im Internet als Berliner Division-Leader der GERMAN DEFENCE LEAGUE zu erkennen und kündigte an, dass diese zur Miliz aufgebaut werde.

Bei den bisher wenigen öffentlich beworbenen Aktionen der Berliner AfD hatte vor allem der Landesverband der JUNGEN ALTERNATIVE (JA) eine wichtige organisatorische Rolle. Die JA war maßgeblich für die Vorbereitung und Durchführung der beiden Veranstaltungen im Rahmen der sogenannten »Herbstoffensive« Ende Oktober 2015 verantwortlich. Sie ist personell und strukturell gut vernetzt mit der Berliner BURSCHENSCHAFT GOTHIA, in deren Haus Treffen der JA stattfanden. JÖRG SOBOLEWSKI, auf Platz 24 der AfD-Landesliste, ist derzeit Sprecher der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT (DB), deren Vorsitz in diesem Jahr die GOTHIA inne hat. Etliche Burschenschaften haben die DB in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer völkisch-rassistischen Ausrichtung ver-

Schatzmeister im Landesvorstand der JA Berlin. Auf Brämer war bis vor Kurzem auch die Homepage der IDENTITÄREN BEWEGUNG DEUTSCHLAND registriert.

Deutliche Worte im kleinteiligen Wahlkampf

Im Gegensatz zu den anderen Rechtsaußenparteien setzt die Berliner AfD im laufenden Wahlkampf weniger auf offen angekündigte Kundgebungen und Demonstrationen, sondern eher auf unzählige kleinteilige Informationsstände in den einzelnen Stadtteilen. Fakt ist, dass es bei der Auseinandersetzung mit der Berliner AfD nicht zuletzt darum gehen muss, neben dem Wahlprogramm auch das gesprochene Wort sowie die Biografien des Personals in die Analyse mit einzubeziehen. Während sich im Wahlprogramm häufiger die strategische Zurückhaltung bei bestimmten Themen durchgesetzt hat, spricht das Berliner Personal bei öffentlichen Auftritten eine deutlich andere Sprache. Hier kommen antiemanzipatorische, offen völkisch-nationalistische sowie rassistisch konnotierte asyl- und islamfeindliche Positionen ungefiltert zum Ausdruck.

apabiz

.....

Als Archiv hat das apabiz jederzeit ein Interesse an (Wahlkampf-) Materialien, nicht nur von den hier porträtierten Parteien. Diese können während der Öffnungszeiten vorbeigebracht, oder per Post an uns gesendet werden.

Berlin rechtsaußen
blog.schattenbericht.de

Über aktuelle Ereignisse im Berliner Wahlkampf berichtet unser Blog »Berlin rechtsaußen«.

Der Sprung ins kalte Wasser

Zum Umgang mit Rechtspopulismus im Berliner Wahlkampf

Der folgende Text richtet sich schwerpunktmäßig an Vertreter_innen der demokratischen Parteien, die im Berliner Wahlkampf mit Rechtsextremist_innen und Rechtspopulist_innen konfrontiert sein werden.

Hauptherausforderung ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD)

In Berlin wird die rechtspopulistische AfD allen Prognosen zufolge in sämtliche Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und auch ins Abgeordnetenhaus (AGH) in Fraktionsstärke einziehen. Dadurch stellt die AfD die größte politische Herausforderung für die demokratischen Kräfte in Berlins Parteienlandschaft und Zivilgesellschaft dar und soll im Folgenden ausführlich behandelt werden.

Keine andere politische Kraft verhilft in Deutschland derzeit Ideologien der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen zu mehr politischer Wirksamkeit als die AfD. Beispielhaft deutlich wird dies in den rassistischen Ausfällen von Spitzenfunktionär_innen der AfD gegen Geflüchtete und in den auf Bundesebene erhobenen Forderungen nach Sondergesetzen gegen Muslim_innen. Damit fungiert die AfD als parteipolitische Stichwortgeberin der zunehmenden Gewalt gegen Geflüchtete und deren Unterstützer_innen. Darüber hinaus feinden führende AfD-Vertreter_innen auch Personen an, die für feministische und queere Vorstellungen sowie für sexuelle Vielfalt einstehen. Überhaupt vertritt die AfD in jedem wesentlichen Politikfeld rückwärtsgewandte, häufig antidemokratische Positionen. Bedenklich ist auch die hasserfüllte und geradezu gewaltträchtige Rhetorik, wenn führende AfD-Vertreter_innen permanent ihre politischen Gegner_innen als verbrecherisch oder geistig krank diffamieren. Die AfD fördert so die enthemmten Aggressionen, die Aktive der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft im öffentlichen Raum und in Internetmedien zunehmend erfahren.

Insgesamt gesehen ist die AfD keine Weltanschauungs- und Milieupartei wie die NPD, sondern ein Sammelbecken der Rechtsaußen-Kräfte, das ein Spektrum von rechtsliberalen und rechtskonservativen bis hin zu eindeutig rechtsextremen Akteur_innen umfasst. Die Partei wendet das zu ihrem Vorteil: Jede eindeutige Distanzierung von rechtsextremen Positionen und Personen wird mit dem Verweis auf die Pluralität der Partei umgangen. AfD-Vertreter_innen haben das Herausreden, Leugnen, Vertagen, Verzögern, Lavieren,

Relativieren, das »Ich weiß von nichts« zur Perfektion entwickelt. Ansonsten reagiert die AfD –wie die meisten rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräfte – auf inhaltliche Kritik an ihren menschenverachtenden Positionen meist mit einer Selbstinszenierung als unschuldiges Opfer eines übermächtigen und hinterhältigen Gegners, der mit Schmähungen wie »links-grüne Gesinnungsmafia« oder »Altparteien-Kartell« beschrieben wird. So versuchte etwa der Brandenburger AfD-Vorsitzende Alexander Gauland den Rassismus-Vorwurf in Bezug auf seine Äußerungen über den Fußball-Nationalspieler Boateng damit zu kontern, dass die verantwortlichen Redakteure der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAS) ihn »reingelegt« hätten.

Diese permanente Inszenierung als Opfer muss gegen die AfD selbst gewendet werden: Nicht die Demokrat_innen grenzen die AfD aus, sondern diese grenzt sich selbst aus, vor allem indem sie sich gegen die Grundrechte bestimmter Bevölkerungsgruppen richtet, etwa von Geflüchteten oder Muslim_innen. Deren Grundrechte gehören zu den Grundlagen der Demokratie, die nicht nur die allgemeinen Menschenrechte schützt und verteidigt, sondern explizit auch die Rechte von Minderheiten. Auch wenn die AfD also durch Wahlen demokratisch legitimiert ist, vertritt sie in wichtigen Punkten antidemokratische Vorstellungen. Allerdings sind die Programm-Texte der AfD aus taktischen Gründen weitgehend verklausuliert formuliert. Sie zu dechiffrieren erfordert, ihre Prämissen zu erkennen, zwischen den Zeilen zu lesen und sie mit den weitergehenden Aussagen der Funktionär_innen zu verbinden. Ein Beispiel ist das unter Punkt 7.4. im Grundsatzprogramm der AfD aufgeführte Verständnis der gegenwärtigen Erinnerungskultur: »Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.« Rhetorisch geschickt wird hier eine sachlich falsche Aussage getroffen, die in geschichtsrevisionistische und sekundär antisemitische Diskurse einzuordnen ist: dass sich die Erinnerungskultur in Deutschland nahezu ausschließlich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen würde.

Wichtig ist zu berücksichtigen, dass die argumentative Auseinandersetzung mit der AfD nicht allein auf der Basis der



Proteste gegen die AfD (c) Theo Schneider

gedruckten Programme stattfinden sollte. Die Auseinandersetzung sollte eher die Äußerungen von Führungspersonen der AfD zur Grundlage machen, um die Programmatik von diesen Äußerungen her zu lesen und sie in die übergreifende Strategie der AfD einordnen zu können: einerseits das ständige Inszenieren von Tabubrüchen, das Verschieben der Grenzen des Sagbaren und ganzer Diskurse, andererseits Zurückrudern und Relativieren. Gleichwohl ist die genaue Kenntnis der Programme auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene sowie aktueller Positionierungen z.B. in den sozialen Netzwerken der Kandidat_innen für eine Auseinandersetzung unabdingbar, gerade im Wahlkampf.

Eine offensive inhaltliche Auseinandersetzung über die AfD ist nötig!

Immer wieder ist in der politischen Debatte zu hören, eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung würde die AfD nur noch stärker machen, indem sie ihr weitere Wähler_innen zutreibt und ihre Selbstinszenierung als Opfer fördert. Dieser Argumentation zufolge sollten die Demokrat_innen sich nicht pro-aktiv und offensiv mit der AfD auseinandersetzen, sondern stattdessen nur die eigenen Inhalte darstellen.

Dem sind die Erfahrungen der letzten Jahre, auch aus Berlin, entgegenzuhalten: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erledigen sich nicht von selbst und lassen sich

nicht durch Ignorieren zurückdrängen – erst eine offensive, inhaltliche Auseinandersetzung trug dazu bei, immer wieder die ausgrenzenden und demokratiefeindlichen Inhalte der Rechtsaußen-Parteien öffentlich zu thematisieren und so zu verhindern, dass diese sich auf Dauer erfolgreich als harmlose »Kümmerer« inszenieren konnten. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen erscheint es ratsam, in intensive politische und argumentative Anstrengungen einzutreten und themenspezifische Veranstaltungen und Aufklärungsmaterialien zu entwerfen. Dabei ist es zum einen wichtig zu benennen, wer das gesellschaftliche Klima durch das Schüren von Ressentiments vergiftet; auch kann deutlich gemacht werden, warum die Rechtspopulist_innen keine Lösungen für gesellschaftliche Probleme anbieten, sondern diese im Gegenteil einerseits verschlimmern und andererseits davon profitieren. Besonders schlagende Beispiele finden sich im Bereich der Integration. So fordert etwa der Berliner Verband der AfD-Jugendorganisation JUNGE ALTERNATIVE (JA) in seinem Programm das Ende jeglicher finanzieller Förderung von Integrationsmaßnahmen. Führende AfD-Politiker_innen haben erst in jüngster Zeit den Islam und muslimische Menschen pauschal diffamiert und eine Art Sondergesetzgebung für sie gefordert. So spaltet die AfD die Gesellschaft und gefährdet den Erfolg von Integrationsbemühungen.

Richtig ist jedoch auch: Nicht immer muss es darum gehen, sich explizit an der AfD abzuarbeiten, vielmehr können



Proteste gegen die AfD (c) Theo Schneider

rechtspopulistische, rassistische und antidemokratische Positionen auch in allgemeiner Form problematisiert und widerlegt werden.

Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus bietet aber auch die Chance, dass die demokratischen Akteur_innen das eigene Verständnis von Demokratie und Menschenrechten und ihren eigenen Gesellschaftsentwurf klären und damit in die öffentliche Debatte treten. Die eigenen Inhalte können dann offensiv in Abgrenzung zur AfD vertreten werden, ohne sich immer wieder rein reaktiv auf rechtspopulistische Positionen der AfD beziehen zu müssen.

Diese Klärung ist dabei grundsätzlich für jedes einzelne Politikfeld erforderlich, von Migration und Religion über Wirtschaft, Außenpolitik, Bildung, Familie und Geschlechterverhältnissen bis zur Geschichts- und Erinnerungspolitik.

Die Gemeinsamkeiten der Demokrat_innen suchen (aber nicht um jeden Preis)

Bemühungen, einen Konsens der demokratischen Parteien gegen die rechtspopulistische AfD zu formen, stoßen häufig auf die Befürchtung, damit der Selbstinszenierung der AfD als einziger Anti-Establishment-Kraft Vorschub zu leisten. Dennoch bleibt ein inhaltlich begründetes einheitliches Vorgehen das stärkste Zeichen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Ein solches Zeichen setzten die sechs

größeren demokratischen Parteien Berlins etwa mit dem »Berliner Konsens«, einer gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Juli 2016.¹

Es wäre dagegen verfehlt, wollten sich die Parteien ausgerechnet da voneinander unterscheiden, wo es um das gemeinsame Bekenntnis zu demokratischen und humanitären Grundwerten und eine gemeinsame Absage an rechtsextreme und rechtspopulistische Politik geht. Die demokratischen Kräfte, insbesondere die Parteien, haben zahlreiche andere Möglichkeiten, der Öffentlichkeit auf den unterschiedlichen Politikfeldern ihre jeweiligen politischen Entwürfe und deren substantielle Unterschiede deutlich zu machen. Umgekehrt gilt: Fehlt es an solchen Unterschieden, haben die demokratischen Parteien tatsächlich zu wenig inhaltliche Substanz und werden, wie vielfach beklagt, ununterscheidbar – dann ist das allein durch den Streit über den Umgang mit der AfD oder durch Abgrenzung zu ihr auch nicht zu beheben.

Ist es im Einzelfall nicht möglich, die Zustimmung aller demokratischen Parteien zu einer klaren und konkreten Problembeschreibung und mithin zu gemeinsamen Beschlüssen zu bekommen, sollten gleichwohl bestimmte Verlautbarungen und Maßnahmen beschlossen und eben »nur« im Konsens möglichst vieler demokratischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Akteure vertreten werden.

Die Perspektive der Auseinandersetzung ändern: Wer soll erreicht werden?

Die Adressat_innen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sollten nicht die meist ideologisch gefestigten und zielbewusst-instrumentell vorgehenden Funktionsträger_innen und Kandidat_innen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien sein und auch nicht der ideologisch gefestigte Kern ihrer Mitglieder- und Wähler_innenschaft. Stattdessen sollten die vielen Unentschlossenen, Zweifelnden und Schwankenden angesprochen werden, aber auch derjenige Teil der Gesellschaft, der zur aktiven Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte mobilisiert werden kann. Auch strategische und taktische Überlegungen sollten weniger die unmittelbaren politischen Kontrahent_innen als vielmehr das gesamte Umfeld der jeweiligen Auseinandersetzung in den Blick nehmen. Die Frage sollte sein, wie die Kritik an den Positionen der Rechtsextremist_innen oder Rechtspopulist_innen möglichst wirkungsvoll eine breitere Öffentlichkeit erreichen kann. Hier sind die unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen und parteipolitischen Akteure gefragt, in ihren jeweiligen Bereichen aktiv zu werden, die eigene Expertise in die Auseinandersetzung einzubringen und eine klare Position zu beziehen.

Bündnisse schließen und Position beziehen

Die Politik der AfD richtet sich gegen zahlreiche und mitunter große Gruppen in der Gesellschaft: gegen Migrant_innen, Muslim_innen, Feminist_innen, sexuelle Minderheiten, Lohnabhängige, gegen umweltbewusste Menschen und weitere Gruppen. Die AfD richtet sich mit ihren reaktionären, deutschnationalen Positionen auch gegen den Geist Berlins als weltoffener und vielfältiger, auch durch Einwanderung geprägter Metropole. Dies sollte in der Stadtgesellschaft verdeutlicht und als Ansatz der Gegenmobilisierung genutzt werden. Vielfach sind bestimmte Positionen der AfD oder ihrer Jugendorganisation JA einer breiteren Öffentlichkeit gar nicht bekannt. In ihrem Programm stellt sich die AfD zum Beispiel gegen jede Form von Genderforschung und Gender Mainstreaming. Sie behauptet, dass es sich bei Genderforschung um keine seriöse Forschung handle, die daher abgewickelt werden sollte. Entsprechend spricht sie sich auch gegen jede Form von Gender Mainstreaming und sexueller Vielfalt aus, sei es im Erziehungs- und Bildungswesen, in der Sprache oder durch Quotenregelungen für Frauen. Die AfD beruft sich vielmehr auf »naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern« und leitet daraus ihren konservativen Rollback zu

überholten Familien- und Geschlechterverhältnissen ab. Um den diskriminierenden Gehalt der AfD-Programmatik allgemein bekannt zu machen, können demokratische und zivilgesellschaftliche Bündnisse mit und unter den Betroffenen und ihren Organisationen gebildet werden. Ein Beispiel für good practice ist die *Initiative arsch hoch*, die von der *Berliner AIDS Hilfe e.V.* angestoßen wurde und von über 30 Initiativen aus der Berliner LGBTQI-Community sowie von feministischen Organisationen unterstützt wird.

Öffentliche Auseinandersetzungen mit Rechtspopulist_innen?

Zur Frage, ob mit AfD-Vertreter_innen im öffentlichen Raum diskutiert werden soll, gab und gibt es viele Kontroversen unter den Demokrat_innen. Auch hier gilt: Ein Perspektivwechsel ist nötig! Nicht die Frage des Einladens der AfD zu einer Runde oder der eigenen Teilnahme daran sollte entscheidend sein, sondern wie die Kritik an Rechtspopulismus möglichst breit und effektiv transportiert werden kann.

Grundsätzlich sollten Veranstalter_innen von Podiumsdiskussionen und Talkshows sowie Journalist_innen bei Interviewanfragen zunächst berücksichtigen, dass Interviews und Diskussionen, die Rechtspopulist_innen auf dieselbe Stufe stellen wie die demokratischen Diskussionspartner_innen, das Signal senden, dass es sich bei den Rechtspopulist_innen um normale und akzeptable politische Akteure handelt. Um die inhaltlichen Unterschiede und die eigene Position herauszustellen, kann es z.B. im Vorfeld einer Veranstaltung sinnvoll sein, eine Erklärung zu veröffentlichen. In der Regel wird es aber besser sein, zwar über die diskriminierenden Schwerpunkte der AfD zu reden, aber nicht mit ihr. Angesichts der ungeheuren medialen Präsenz rechtspopulistischer Positionen ist es ohnehin überflüssig, der AfD noch zusätzlich ein Podium zu verschaffen.

In jedem Fall ist es empfehlenswert, mit den anderen demokratischen Teilnehmenden und ggf. den Veranstalter_innen möglichst frühzeitig das Gespräch zu suchen und sich über das Verhalten gegenüber Rechtsextremist_innen und Rechtspopulist_innen abzustimmen. Dabei wird es zu – mitunter auch tiefergehenden – Meinungsunterschieden kommen, die auszuhalten und zu respektieren sind.

Es gibt sowohl für die Entscheidung, sich auf keinen Fall mit Rechtspopulist_innen auf ein Gespräch auf Augenhöhe einzulassen, als auch für das Bedürfnis, sie direkt zu konfrontieren oder »ihnen nicht das Feld zu überlassen«, gute moralische, politische oder auch persönliche Gründe. Nicht hilfreich ist es indes, den notwendigen Streit über das richtige Vorgehen in aller Öffentlichkeit auszutragen.

Gleichwohl kann das Ausladen oder das Nicht-Einladen der AfD durchaus unterschiedlich begründet werden. Die AfD ist z.B. nicht nur eine rechtspopulistische Partei, sie hat auch zu zahlreichen Themen schlicht nichts oder nur Abwegiges zu sagen.

Nicht immer wird sich jedoch verhindern lassen, dass AfD-Vertreter_innen auf Podien sitzen, und auch in diesem Fall sollte versucht werden, sich mit den Veranstaltenden und mit möglichst vielen der Teilnehmenden darüber zu verständigen, wie das übergeordnete Ziel einer inhaltlich abgrenzenden Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Inhalten erreicht werden kann. Hilfreich kann es sein, der rechtspopulistischen Selbstinszenierung durch eine Eingrenzung der Themen und eine entsprechend faktensichere und entschiedene Moderation den Spielraum zu nehmen. Wichtig ist, inhaltlich vorbereitet und informiert in eine solche Situation zu gehen. Wenn die Rhetorik und die Techniken der Selbstinszenierung der AfD demaskiert und dekonstruiert werden sollen, dann kann das am besten mit möglichst aktuellen und Berlin-spezifischen Themen und Beispielen gelingen. Darüber hinaus sollte die Berliner AfD als Teil einer Gesamtpartei mit einem – auch in Berlin vertretenen – völkisch-nationalistischen Flügel in die Verantwortung genommen werden. Sinnvoll ist zudem, auch über Aktivitäten jenseits der offiziellen Verlautbarungen informiert zu sein, also etwa über Facebook-Einträge oder Stellungnahmen auf AfD-Veranstaltungen.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die AfD-Politiker_innen ausweichen, relativieren und abstreiten – darauf sollte man vorbereitet sein. Des Weiteren sollte deutlich werden: Die AfD wird nicht ausgegrenzt, sie grenzt sich selbst aus. Der Modus andauernder Empörung ist ebenso wenig hilfreich wie ein freundliches, den rechtspopulistischen Charakter der Parteipolitik ignorierendes Plaudern über Sachthemen zum Beispiel aus der Verkehrs- und Baupolitik.

Es gilt, einen »selbstbewusst-dechiffrierenden Umgang« zu finden, der die Ablehnung von politischen Initiativen der Rechtspopulist_innen inhaltlich begründet und so immer wieder deren Positionen der Ausgrenzung von Minderheiten in den Vordergrund stellt.

Zum Ausblick nach der Wahl

Zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in Parlamenten und kommunalen Gremien

Kommunalpolitische Sondierungen der AfD

Die Bezirksverbände der AfD bemühen sich bereits seit längerer Zeit, die Kommunalpolitik für sich zu erschließen. In

der Mehrzahl der Berliner Bezirke besuchen kleinere Gruppen von AfD-Aktiven regelmäßig die öffentlichen Sitzungen der BVVen und ihrer Ausschüsse. Mehrfach nutzen sie die Fragestunden für Anwohnende zu Beginn der BVV-Sitzungen zur Informationsgewinnung und für erste kleinere politische Interventionen. Zumindest in einigen Bezirken sind in der AfD ehemalige Verordnete und Bürgerdeputierte anderer Parteien tätig, sodass mit einer gewissen kommunalpolitischen Erfahrung innerhalb dieser Bezirksverbände gerechnet werden kann.

Mehrere AfD-Bezirksverbände, darunter Treptow-Köpenick, Charlottenburg-Wilmersdorf und Marzahn-Hellersdorf, haben eigene Bezirkswahlprogramme veröffentlicht. Es ist davon auszugehen, dass weitere Bezirksverbände folgen werden. In diesen Programmen dominieren betont sachlich und bürgernah gehaltene Formulierungen zu lokalen Themen. Daneben finden sich Abschnitte, die teilweise wörtlich aus dem Berliner AfD-Programm übernommen wurden und in denen sich die Autor_innen zu zentralen rechtspopulistischen Positionen bekennen, etwa zur Ablehnung von geschlechtsbezogener Gleichstellungspolitik (Gender Mainstreaming) und gegen die soziale Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen. Die bei der AfD generell feststellbare Tendenz, auf offen menschenverachtende und diskriminierende Aussagen in gedruckten Programmen (nicht im gesprochenen Wort!) zu verzichten, ist bei den Bezirksprogrammen besonders ausgeprägt.

Hinweise für die kommende Auseinandersetzung in der Kommunal- und Landespolitik

Insgesamt ist zu erwarten, dass die AfD in den BVVen und im AGH nach einer gewissen Phase des Ankommens und Eingewöhnens diejenige Doppelstrategie verfolgen wird, die auch von anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien bekannt ist: auftreten als sachorientierte »Kümmerer« auf der einen, ideologische Agitation auf der anderen Seite. Gleichzeitig werden in den BVVen auch die rassistischen und rechtsextremen Tendenzen innerhalb der AfD zutage treten – das einschlägige Personal der Partei wird sich im Lauf der Wahlperiode zu erkennen geben. Außerdem ist zu erwarten, dass es bei der AfD zu Verwerfungen durch Überforderung, Inkompetenz und interne Streitigkeiten kommen wird.

Die Auseinandersetzung mit der AfD wird die demokratische Kommunal- und auch die Landespolitik vor eine neue, große Herausforderung stellen. Dieser kann nur durch einen Qualitätssprung in der parlamentarischen Arbeit und auch in der interfraktionellen Verständigung der Demokrat_innen begegnet werden. Hier stellen sich neue, ar-

beitsaufwändige Aufgaben, gleichzeitig eröffnet sich aber auch die Chance, Routinen aufzubrechen und die eigene Praxis weiterzuentwickeln.

Anzuerkennen ist, dass die demokratischen Parteien möglichst früh Absprachen zum Umgang mit Rechtspopulismus treffen und auch eine öffentliche Stellungnahme darüber abgeben. Grundlage der demokratischen Selbstverständigung sollte die Erkenntnis sein, dass die AfD nicht wie eine demokratische Partei behandelt werden kann, solange sie sich nicht nachvollziehbar und praktisch wirksam von rassistischen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen und Personen distanziert.

Als Ausgangspunkt der Diskussion über einen demokratischen Umgang mit der AfD können die Vereinbarungen und Praxen dienen, die in einigen Berliner Bezirken und in anderen Bundesländern zum Umgang mit der rechtsextremen NPD erarbeitet wurden. Die Eckpunkte dieser Vorgehensweisen liegen im Berliner »Appell der Demokrat_innen« von 2009² oder im sogenannten »Schweriner Weg« zum Umgang mit der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns vor. Besonders wichtig ist hierbei, keine Absprachen oder Bündnisse mit Rechtsaußen-Parteien einzugehen, bei politischen Aushandlungsprozessen nicht mit ihren Stimmen zu kalkulieren und eine öffentliche, inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen zu führen.

Wo Mandatsträger_innen und Fraktionen der AfD rechtlich begründete Ansprüche haben, muss diesen selbstverständlich sachlich-korrekt entsprochen werden. Sonderfälle liegen jedoch dort vor, wo es lediglich um gewissermaßen gewohnheitsrechtliche demokratische Gepflogenheiten geht, die nicht eindeutig durch Geschäftsordnungen oder Gesetze geregelt sind. Hier ist es an den Demokrat_innen, einen angemessenen Umgang mit rechtspopulistischen Mandatsträger_innen zu beschließen.

Des Weiteren bestehen für Parlamente und kommunale Gremien verschiedene verbindliche Regelungen, nach denen Fraktionen zwar Vorschlagsrechte für bestimmte Positionen zustehen, diese Positionen aber gleichwohl in demokratischen Wahlen besetzt werden müssen. Dies betrifft etwa die Posten der Stadträte, also der Ressortleiter in den Bezirksämtern. Hier gilt: Demokrat_innen können nicht gezwungen werden, wider ihr Gewissen eine rechtspopulistische Person zu wählen. Eine solche Entscheidung sollte in jedem Fall offensiv und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar begründet werden.

Es ist davon auszugehen, dass die AfD in den BVen verstärkt kommunalpolitische Initiativen starten wird, die keinen erkennbaren ideologischen Gehalt haben und nicht in jedem Fall offensichtlich abwegig sind. Der damit ver-

bundenen Selbstinszenierung der Rechtspopulist_innen als »Kümmerer-Partei« können die Demokrat_innen nur begegnen, wenn sie selbst nah an den Bürger_innen sind und lokale Problemlagen möglichst vorausschauend bearbeiten können. Möglicherweise berechnete Anliegen der Bürger_innen und die korrigierende Rolle einer aktiven Opposition sollten nicht den Rechtspopulist_innen überlassen werden.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

- 1 Siehe <http://www.mbr-berlin.de/berliner-konsens/>
- 2 Siehe http://bv.vdk-berlin.de/assets/20/09-09-03_Eckpunkte_UmgangRex.pdf

Fortbildung

Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in kommunalen Gremien

Impulsvortrag und Arbeitsgruppen (Dauer: 1-3 Stunden) - ein Workshop der MBR

Rechtsextreme oder Rechtspopulist_innen sind in die BVV gewählt worden und provozieren immer wieder, zum Beispiel durch rassistische Reden oder Anfragen? Sie inszenieren sich als bürgernahe »Kümmerer-Partei«, indem sie »Schaufenster-Anträge« zu lokalen Problemlagen stellen?

In der Fortbildung werden die zentralen Strategien und Vorgehensweisen von Rechtsextremen und Rechtspopulist_innen in der Kommunalpolitik dargestellt. Dabei soll der Blick der Teilnehmenden auch durch Vergleiche verschiedener Bezirke und Regionen geschärft werden. Ausgehend von den eigenen Erfahrungen und Fragen der Teilnehmenden werden erfolgversprechende Handlungsstrategien und Argumentationsweisen für Demokrat_innen diskutiert. Die Fortbildung richtet sich an demokratische Kommunalpolitiker_innen, aber auch an Interessierte aus kommunaler Verwaltung und demokratischer Zivilgesellschaft.

»Auf einen schönen, körperlich betonten Wahlkampf«

Die Berliner NPD im Jahr 2016

»Durch die völlig aus dem Ruder laufende Einwanderungspolitik besteht erstmals eine realistische Chance, die 5-Prozent-Hürde in der Hauptstadt zu meistern« - so die offizielle Selbsteinschätzung der Berliner NPD anlässlich der anstehenden Wahlen im September 2016. Genau das Gegenteil dürfte jedoch der Fall sein. Neben der kontinuierlich personellen Schwäche des Landesverbandes sorgt auch in Berlin die AfD dafür, dass die NPD nicht vom gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck profitieren kann.

Bereits bei den vergangenen Wahlen im Jahr 2011 hatte die NPD berlinweit einen Rückgang ihres Stimmenanteils zu verzeichnen. Der Einzug in die Bezirksverordnetenversammlungen war ihr – obwohl sie in elf von zwölf Bezirken zur BVV-Wahl angetreten war – mit je zwei Mandaten nur in Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg gelungen. In Neukölln war sie äußerst knapp an der 3%-Hürde gescheitert. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass dies in diesem Jahr anders sein sollte. Während nach außen ein nahezu ungebremsster Optimismus suggeriert wird, werden intern mehrere Faktoren für die schlechten Wahlergebnisse der Partei auf Bundesebene benannt, zuallererst das Verbotsverfahren und die AfD. »Die AfD ist ein Faktor, auf den wir – ähnlich wie beim Verbotsverfahren – kaum bis keinen Einfluss haben«, schreibt der Parteivorsitzende Frank Franz in der Parteizeitung DEUTSCHE STIMME vom Mai 2016. Bereits zur letzten Wahl konnte die Berliner NPD über ihre Stammklientel hinaus kaum WählerInnen erreichen. Dementsprechend wird die AfD als ernstzunehmende Konkurrenz behandelt. Mit Blick auf die Programmatik der AfD moniert etwa der Neuköllner NPD-Kreisverband, dass die Partei in der Öffentlichkeit falsch wahrgenommen werde: »In sämtlichen AfD-Publikationen fehlt das Bekenntnis zu unserem deutschen Vaterland und zum deutschen Volk.« Die AfD versuche sich bei der NPD in einigen Programmpunkten »schamlos zu bedienen«, würde sich jedoch im allgemeinen den etablierten Parteien unterordnen. Schon bei weniger erfolgreichen Parteien des Rechtsaußenspektrums hatte sich die NPD in der Vergangenheit als die »wahre nationale Opposition« präsentiert. Dass sie dennoch zukünftig von dem durch PEGIDA und AfD bereiteten Boden profitieren könnte, breitet NPD-Vorstandsmitglied Arne Schimmer in der Juliausgabe der DEUTSCHEN STIMME aus. Es sei, neben der »Überfremdungskritik«, die »Soziale Frage«, die die NPD besetzen sollte, um nach dem Ende des »ko-

metenhaften Aufstiegs« der AfD eine echte Alternative zu bieten. Es deutet sich an, dass die Berliner NPD im Wahlkampf einmal mehr auch auf dieses Thema setzen wird. Zumindest im Virtuellen wirbt sie neben der rassistischen Stimmungsmache auch mit Slogans gegen Schulschließungen oder »Mietwucher«. Ein Wahlprogramm steht noch aus.

Präsenz mit möglichst wenig Aufwand

Punktuell wahrnehmbar ist die NPD über kontinuierlich durchgeführte Kleinstkundgebungen und Infostände insbesondere in den Berliner Ostbezirken und Neukölln, an denen meist nicht mehr als ein Dutzend AktivistInnen teilnehmen. Die mit wenig Aufwand durchgeführten Kundgebungstouren haben sich in den vergangenen Jahren zum beliebtesten Format der Partei entwickelt, um trotz der dünnen Personaldecke auf der Straße präsent zu sein. Darüber hinaus veranstaltete die Berliner NPD im vergangenen Winter eine Reihe von Demonstrationen, die angepasst an den rechten Zeitgeist jeweils am Montagabend stattfanden. Während bei der ersten Demonstration in Schöne-weide mit Hilfe auswärtiger Unterstützung noch rund 200 Neonazis mobilisiert werden konnten, waren es bei den nachfolgenden Demonstrationen in Hellersdorf, Prenzlauer Berg und Hohenschönhausen nur noch zwischen 100 und 150 TeilnehmerInnen. Dabei fiel die Veranstaltung in Prenzlauer Berg etwas aus dem Rahmen. In dem eher linksbürgerlich geprägten Stadtteil ging es der NPD nicht darum, potenzielle WählerInnen anzusprechen, sondern mit martialischem Auftreten Präsenz zu zeigen und dies durch entsprechende Drohungen zu untermalen.

»Wir sind heute hier angetreten, nicht nur ein Zeichen gegen Überfremdung zu setzen, sondern eine ganz klare Kampfansage an den linken Pöbel zu schicken. Auch wenn ihr notorischen Lügner und Asozialen immer wieder behauptet, dass Berlin rot bleibt, wir werden euch das Gegenteil beweisen und uns Stück für Stück unsere Heimat zurück erobern. Haus für Haus, Straße für Straße, Viertel für Viertel und irgendwann Stadt für Stadt.«

Christian Schmidt, Kreisvorsitzender aus Pankow
auf der NPD-Demonstration in Prenzlauer Berg am
01.02.2016



Sebastian Schmidtke auf einer NPD-Kundgebung vor dem LaGeSo im Herbst 2015 (c) apabiz

Altbekanntes Personal

Die KandidatInnen rekrutieren sich in weiten Teilen aus langjährigen AktivistInnen und Funktionären der Partei. Auf den ersten Plätzen der Landesliste kandidieren der Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke, der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Udo Voigt und die Bezirksverordnete aus Lichtenberg, Manuela Tönhardt. In der BVV selbst entfalteten Tönhardt und die zweite Verordnete der NPD, ebenso wie die zwei NPD-Mandatsträger in Marzahn-Hellersdorf, im vergangenen Jahr kaum noch Aktivitäten. Einzig Sebastian Schmidtke nutzte sein Mandat in Treptow-Köpenick, um im lokalen Integrationsausschuss an Informationen etwa hinsichtlich der Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften oder der Kosten der Versorgung von Asylsuchenden im Bezirk zu gelangen.

Neben der Landesliste tritt die NPD in sechs der zwölf Berliner Bezirke zur BVV-Wahl an (Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Treptow-Köpenick, Pankow, Reinickendorf und Neukölln). Auf den Bezirkslisten finden sich neben den Aktiven aus den jeweiligen Kreisverbänden auch Neonazis, die in den vergangenen Jahren die lokalen »Nein-zum-Heim«-Initiativen repräsentiert haben, ohne sich jedoch öffentlich zur NPD zu bekennen. So kandidiert in

Marzahn-Hellersdorf mit Marcel Rockel ein langjähriger Kameradschaftsaktivist aus dem Umfeld der 2006 verbotenen KAMERADSCHAFT TOR und Akteur der unter verschiedenen Labels durchgeführten »Nein-zum-Heim«-Proteste nach 1999 ein weiteres Mal für die NPD im Bezirk.

apabiz

Das Zitat im Titel ist einer Rede von Christian Schmidt auf der NPD-Demonstration in Prenzlauer Berg im Februar 2016 entnommen.

»In diesem Jahr (...) sollen ja bis zu 1,5 Millionen dieser Invasoren kommen und hier unser Johannisthal, unser Schöneberg und unser Berlin wird immer weiter davon betroffen sein. Wir haben eh schon das Problem, eine multikulturelle Stadt zu sein, wo die Kriminalität und die soziale Verelendung immer mehr Probleme bekommen wird.«

Sebastian Schmidtke, NPD-Landesvorsitzender auf einer Demonstration in Treptow-Köpenick am 02.11.2015



Manfred Rouhs (Mitte) und Enrico Stubbe (rechts) auf der »Merkel-muss-weg«-Demonstration im Mai 2016 in Berlin Mitte (c) apabiz

Pro Deutschland und andere Kleinstparteien

Der Berliner Landesverband der ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen kommenden, selbsternannten **BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND**, die mit Pro Köln das erste mal im Jahr 2004 in den dortigen Stadtrat eingezogen war, gründete sich 2010. Ihren Schwerpunkt legt die Partei seit ehedem auf antimuslimischen Rassismus, aber auch klassische Rechtsaußenthemen wie die Begrenzung von Zuwanderung und Innere Sicherheit sind im Programm enthalten. Bereits 2011 trat die Partei mit Slogans wie »Wählen gehen für Thilos Thesen« oder »Unsere Frauen bleiben frei« zu den Berliner Wahlen an. Sie erreichte jedoch nur in einigen Wahlkreisen von Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg nennenswerte Ergebnisse, der Einzug in eine Bezirksverordnetenversammlung gelang ihr nicht.

»Wir, die national orientierten Deutschen, sind hier im Herzen Europas nur noch von Freunden umzingelt. Seien es im Osten die Ungarn, die Tschechen, die Polen: Keines dieser Völker ist bereit sich islamisieren zu lassen, keines dieser Völker ist bereit, die Massenzuwanderung von Menschen aus fremden Kulturen als vermeintlichen Kollateralschaden des Globalisierungsprozesses widerstandsfrei hinzunehmen. Im Süden, in Österreich, ist die Freiheitliche Partei zur stärksten Kraft im Lande geworden. Im Westen in Frankreich hat Marine le Pen die besten Chancen, neue Staatspräsidentin zu werden. Das wäre, Freunde, eine großartige Richtungsentscheidung, nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Europa.«

Manfred Rouhs auf der »Merkel muss weg«-Demonstration am 7. Mai 2016. In seiner Rede beruft sich Rouhs auf die in vielen europäischen Ländern erstarkenden Rechtsaußenparteien, die insbesondere gegen die Einwanderung von Muslimen Stellung beziehen.

Wie schon 2011 tritt MANFRED ROUHS, Bundesvorsitzender von PRO DEUTSCHLAND, als Spitzenkandidat an, während der Berliner Landesvorsitzende GÜNTHER CZICHON auf Platz zwei der Landesliste zu finden ist. Rouhs, der in der Vergangenheit bereits für die Republikaner und für PRO KÖLN ein Mandat im Kölner Stadtrat bekleidete, ist seit nunmehr sechs Jahren Dreh- und Angelpunkt der Partei in Berlin. Während sich die Umtriebigkeit von Rouhs durch lokale Infostände und das Verteilen der mit einer monatlichen Auflage von angeblich 100.000 Stück erscheinenden Parteizeitung an Berliner Haushalte in den vergangenen Jahren kaum Resonanz brachte, steigt die Außenwahrnehmung von Pro Deutschland nun durch die rechte soziale Bewegung auf der Straße. So spricht Rouhs regelmäßig bei BÄRGIDA und macht dort auch Werbung für seine Partei. Auch bei den unter dem Label WIR FÜR BERLIN UND WIR FÜR DEUTSCHLAND von PRO DEUTSCHLAND-Bundesvorstandsmitglied ENRICO STUBBE organisierten »Merkel muss weg«-Demonstrationen in Berlin-Mitte im März und Mai 2016 mit bis zu 2000 Teilnehmenden sprach Rouhs und erreichte dort ein deutlich größeres Publikum als gewohnt. Im Vorfeld der zweiten Demonstration am 7. Mai 2016 hatte sich PRO DEUTSCHLAND als Organisator der Demonstrationen zu erkennen gegeben.

Kommunal versucht sich PRO DEUTSCHLAND vor allem in Marzahn-Hellersdorf zu profilieren, zuletzt durch eine Unterschriftensammlung für ein Freibad im Bezirk. Auch hier führt Rouhs die Bezirksliste an. Die Chancen für den Einzug in eine Bezirksverordnetenversammlung oder gar in das Abgeordnetenhaus stehen jedoch äußerst schlecht, da auch in Berlin derzeit allein die AfD vom gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck profitieren kann.

Auch die **BÜRGERRECHTSBEWEGUNG SOLIDARITÄT (BüSo)** hat für die Abgeordnetenhauswahlen eine Liste aufgestellt. Die Partei um die Bundesvorsitzende **HELGA ZEPP-LAROUCHE** gehört zu einem internationalen Netzwerk, in dessen Zentrum Zepp-LaRouches Ehemann, der US-Amerikaner Lyndon H. LaRouche jun. steht. Die Programmatik von BüSo ist neben der Vorstellung einer nationalstaatlich organisierten Wirtschaft (Rückkehr zur D-Mark) vor allem durch Verschwörungsideologien geprägt. So wird der Klimawandel geleugnet und eine stärkere Nutzung der Kernkraft gefordert. Auch antisemitische Deutungen der Anschläge vom 11. September 2001 und relativierende Äußerungen zum Holocaust finden sich. In Berlin ist BüSo seit einigen Jahren mit Infoständen präsent. Wahlantritte haben aber bisher eher eine formelle Funktion zur Sicherung der Parteieigenschaft.

Das **BÜNDNIS FÜR INNOVATION UND GERECHTIGKEIT (BIG)** steht für konservative islamische Politik. Der Partei werden enge Kontakte zur türkischen AKP von Staatspräsident Erdogan nachgesagt, auch wenn sie dies bestreitet. Vertreter der Partei sind in der Vergangenheit durch homophobe und antisemitische Positionen aufgefallen. So mobilisierte BIG bei den letzten Berliner Wahlen gegen ein vermeintliches »Schulfach ‚Schul‘«. BIG tritt lediglich im Bezirk Neukölln zur BVV-Wahl an. Dort erreichte die Partei bei den vergangenen Wahlen immerhin 1,9 %. Ein Erfolg ist also zumindest auf dieser Ebene nicht ausgeschlossen.

Obwohl die **DIE REPUBLIKANER (REP)** eine Landesliste eingereicht haben, werden sie nicht zur Wahl stehen: Aufgrund fehlender Unterstützungsunterschriften wurde die Landesliste auf der Sitzung des Landeswahlausschusses am 22. Juli nicht zur Wahl zugelassen. Die Partei erreichte zuletzt 2006 einen Sitz in der BVV Pankow. Größere Erfolge liegen für die REP länger zurück. Im Januar 1989 kam die Partei auf 7,5 % und konnte bis zur vorgezogenen Neuwahl im Dezember 1990 eine Fraktion ins Abgeordnetenhaus entsenden. Auch in elf von zwölf BVVen West-Berlins wurden die REP gewählt. Bei den BVV-Wahlen 1992 zogen die REP in 20 der 23 Bezirksvertretungen ein. Drei Jahre später verloren sie alle ihre Bezirksmandate wieder. 1999 zogen sie erneut in sechs BVVen ein, um 2001 einmal mehr alle Sitze einzubüßen. Die Mitgliedszahlen der Partei sind bundesweit seit Jahren rückläufig, und bei den letzten Wahlen haben die REP selbst in früheren Schwerpunktregionen nur wenige kommunale Mandate erringen können. Im Berliner Landesverband sind seit vielen Jahren kaum neue Personen aktiv.

Mit den Parteien **DER III. WEG** und **DIE RECHTE** gibt es auch in Berlin lokale Ableger dieser bundesweit organisierten, relativ jungen neonazistischen Kleinstparteien, die jedoch nicht zu den Berliner Wahlen antreten. **DER III. WEG** wurde 2013 in Heidelberg von ehemaligen Mitgliedern der NPD und sogenannten »Freien Kräften« des verbotenen Netzwerks **FREIES NETZ SÜD** gegründet. Neben Rheinland-Pfalz und Bayern ist die Partei vor allem in ostdeutschen Bundesländern aktiv. Zwar ist **DER III. WEG** eine eingetragene Partei, jedoch verfolgt diese im Gegensatz zur NPD keine parteipolitischen Ziele, sondern dient als Auffangbecken für verbotene Strukturen. Die bundesweit nur wenigen hundert Mitglieder verstehen sich als völkisch-nationalistische Elite, die sich bewusst von anderen neonazistischen Parteien und Strömungen abgrenzt. Ihnen geht es ganz in nationalsozialistischer Tradition um den Kampf um die Straße. Dies spiegelt sich auch in dem kurzen Parteiprogramm wieder, welches an das der NSDAP angelehnt ist. In Berlin gibt es seit 2015 einen »Stützpunkt«. Dieser ist bislang kaum öffentlich in Erscheinung getreten und nur durch wenige Flugzettel-Aktionen, vor allem in Marzahn-Hellersdorf, sowie interne Parteiveranstaltungen aufgefallen. Einzig öffentlich wahrnehmbare Aktion des **III. WEG** in Berlin war ein Aufmarsch am 2. April 2016 in Marzahn-Hellersdorf, auf dem neben Vertretern der NPD und **DIE RECHTE** auch **MATTHIAS FISCHER**, Leiter des Gebietsverbands »Mitte« sprach.

DIE RECHTE wurde 2012 durch ehemalige Mitglieder der DVU und unter Federführung des bundesweit aktiven Neonazikaders **CHRISTIAN WORCH** gegründet. Dieser ist seither Parteivorsitzender. Der Berliner Landesverband existiert seit 2013. Nennenswerte Wahlerfolge hat **DIE RECHTE** bislang kaum erzielt. Lediglich einzelne Kommunalmandate hält die Partei, teils durch Parteiübertritte. Diese werden für menschenverachtende Provokationen genutzt. Im Dortmunder Stadtrat stellte ein Vertreter der Partei 2014 eine Anfrage bezüglich der Anzahl der in der Stadt lebenden Jüdinnen und Juden und deren Wohnorten. Auch **DIE RECHTE** ist weniger eine Wahlpartei, sondern dient als Auffangbecken für verbotene Strukturen. In Berlin stammen verschiedene FunktionärInnen aus der verbotenen Kameradschaft **FRONTBANN 24**. Zudem sind personelle Überschneidungen zur 2016 verbotenen **WEISSE WÖLFE TERRORCREW (WWT)** bekannt. Im Zuge des Verbots kam es zu einer Hausdurchsuchung beim Berliner Landesvorsitzenden von **DIE RECHTE**, **TOM STALETZKI**. In Berlin kooperieren die Mitglieder der Partei bei Demonstrationen häufig mit der NPD. Aktuell ist der Landesverband desolat aufgestellt und verzichtet auf eine Wahlteilnahme.

apabiz

.....

Fortbildungsangebote der MBR für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Im Umgang mit rechtsextremen sowie rechtspopulistischen Parteien, Ideologien oder Personen – z.B. am eigenen Info- oder Wahlkampfstand oder bei Veranstaltungen – gibt es bei den Vertreter_innen demokratischer Parteien und engagierten Bürger_innen immer wieder Unbehagen und Handlungsunsicherheit.

Die MBR hat daher die folgenden Fortbildungsangebote entwickelt, die auf den Erfahrungen aus der langjährigen Beratungs- und Bildungsarbeit sowie aus vorangegangenen Wahlkämpfen aufbauen. Gebucht werden können diese Angebote einzeln oder in Kombination. Die folgenden Ankündigungstexte stellen dabei einen Rahmen dar, innerhalb dessen die Fortbildungen in Absprache präzisiert und passgenau auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden ausgerichtet werden können.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Herausforderungen

Impulsvortrag und Diskussion (1-3 Stunden)

Was verbirgt sich inhaltlich hinter den Begriffen »rechtsextrem« und »rechtspopulistisch«? Inwiefern unterscheiden sich rechtspopulistische Positionen von rechtsextremen, wie sie zum Beispiel von der in weiten Teilen neonazistisch geprägten NPD vertreten werden? Was sind zentrale rechtsextreme und rechtspopulistische Programmpunkte und Strategien im Berliner Wahlkampf, und wie kann ihnen argumentativ und politisch begegnet werden?

In der Fortbildung geht es darum herauszuarbeiten, warum rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen mit einer demokratischen Kultur unvereinbar sind und wie auf sie reagiert werden kann. Dazu ist es unabdingbar, das eigene Verständnis von Demokratie und Solidarität zu schärfen und rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen und Argumentationen eigene demokratische Standpunkte entgegenzusetzen.

Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus am Wahlkampfstand, auf Veranstaltungen und in Gesprächssituationen

Impulsvortrag und Arbeitsgruppen (1-3 Stunden)

Am Info- oder Wahlkampfstand, bei Veranstaltungen und in vielen anderen Situationen kann es passieren, dass Demokrat_innen mit rassistischen, rechtspopulistischen oder rechtsextremen Aussagen konfrontiert werden. Was können Sie tun, wenn sich Rechtsextreme am Infostand Ihrer demokratischen Partei breit machen und sich ausgiebig am Informationsmaterial bedienen? Wie können Sie reagieren, wenn Rechtspopulist_innen eine öffentliche Veranstaltung »kapern« wollen oder wenn Sie in ein rassistisch aufgeladenes Gespräch über »die Muslime« verwickelt werden?

Die Fortbildung will dabei unterstützen, sich organisatorisch und argumentativ für derartige Herausforderungen zu wappnen.



Bei Interesse an den aufgeführten Fortbildungen kontaktieren Sie bitte:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Tel: 030/817 985 815

Mail: info@mbr-berlin.de

Die AfD in Berlin und Brandenburg

Nach dem Sieg von Frauke Petrys nationalkonservativem Flügel im Kampf um die Parteispitze treten die ParteiaktivistInnen der AfD mit extrem rechten Positionen noch deutlicher in Erscheinung. Sowohl im Brandenburger als auch im Berliner Verband gibt es FunktionärInnen mit rechter Biografie und Nähe zur extrem rechten Szene. Im Vortrag geben wir auf Basis verschiedener Text-, Audio- und Bilddokumente einen Überblick über Strukturen, Personal und Themen der AfD.

Die Extreme Rechte in Berlin

Die Veranstaltung gibt einen Überblick über aktuelle Erscheinungsformen, Strategien, Organisationsstrukturen, Aktionsformen und Gefahren der extremen Rechten in Berlin. Vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlich verbreiteten asyl- und islamfeindlichen Stimmung wird sowohl die Vernetzung untereinander als auch die Anschlussfähigkeit an »bürgerliche« Strukturen aufgezeigt.



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr
und nach absprache

0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de

www.apabiz.de

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft



Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unser Archiv ist das umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945. Ein Schwerpunkt des apabiz e.v. ist die politische Bildungsarbeit. Wir beobachten seit Jahren die Entwicklung extrem rechter Parteien und Organisationen, der militanten Neonaziszene, der rechten Medienlandschaft und die Einflussnahme auf verschiedene Jugendkulturen. Die meisten Vorträge können entweder als Abendveranstaltungen oder als Tages- oder Wochenendseminar gehalten werden. Für eine Anfrage sollten mindestens ein Monat Vorlaufzeit, ein Honorar und ggf. Fahrtkosten eingeplant werden.

Weitere Veranstaltungen unter www.apabiz.de

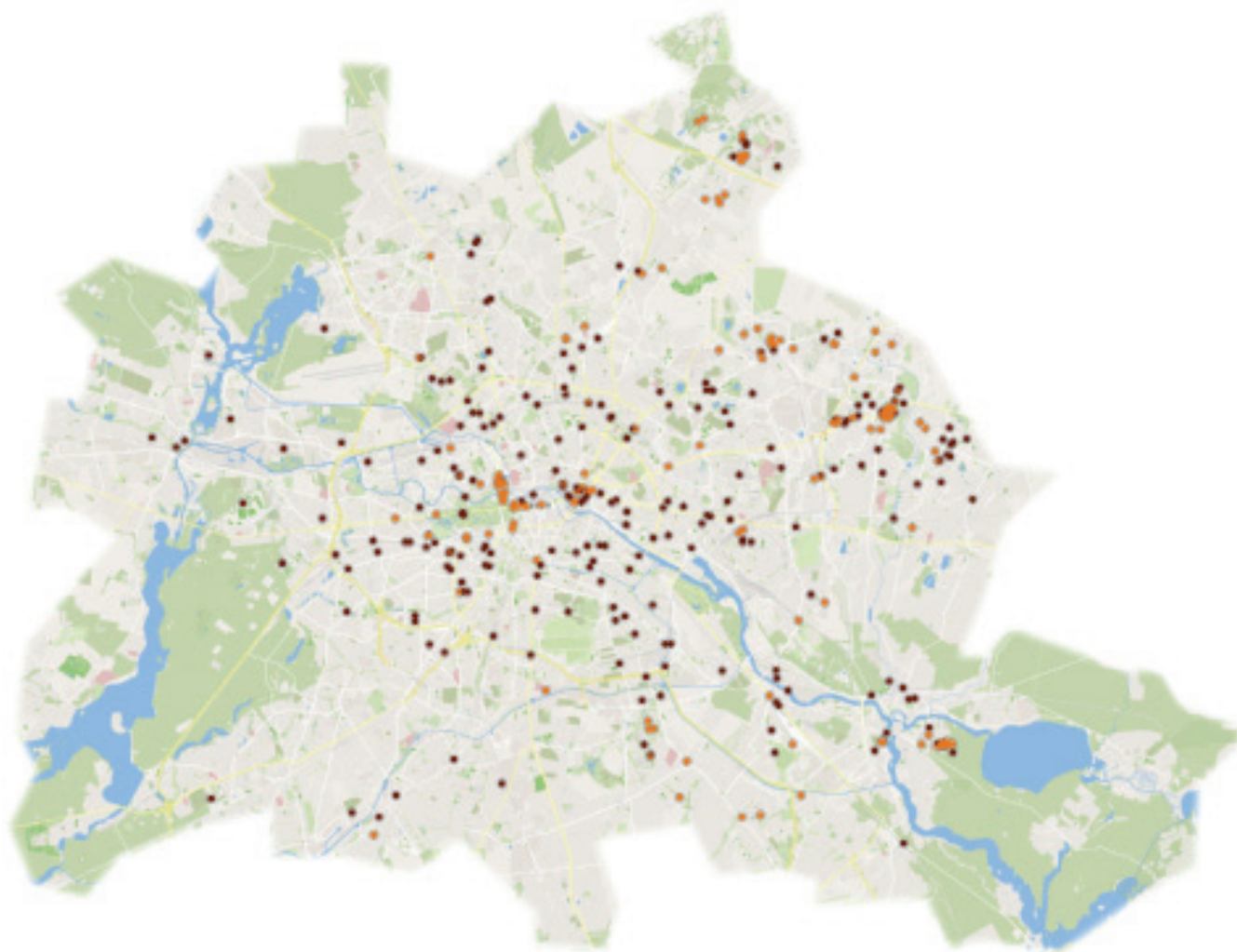
Bedrohliche Allianzen

Rassistische Proteste und Gewalt gegen Geflüchtete und die Rolle von Politik und Medien

Seit Herbst 2014 finden teils mehrfach wöchentlich in Berlin rassistische Mobilisierungen gegen Geflüchtete statt. Hinzu kommen wöchentliche Demonstrationen von BÄRGIDA. Parallel dazu haben rassistisch motivierte Bedrohungen, körperliche Angriffe, Sachbeschädigungen und Brandanschläge stark zugenommen. Berlin ist dabei nur ein Ort eines besorgniserregenden, bundesweiten Trends. Nicht immer sind es organisierte Neonazis, sondern teils auch bisher unauffällige rassistische BürgerInnen, die sich an den Protesten beteiligen oder für die Taten verantwortlich sind.

- Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin 2015 (Chronik ReachOut)
- Rechte Demonstrationen und Kundgebungen in Berlin 2015 (apabiz)

RECHTES LAND ist ein Projekt des apabiz. www.rechtesland.de



unterstützt durch Lokaler | Map data (c) 2015 OpenStreetMap contributors

ANTRITT VON RECHTS ist eine gemeinsame Publikation des [antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. \(apabiz\)](http://antifaschistisches-pressearchiv-und-bildungszentrum-berlin-e-v.de) und der [Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin \(MBR\)](http://mobileberatung-gegen-rechtsextremismus-berlin.de). Auf den Homepages der Projekte steht die Broschüre zum Download zur Verfügung. 2. aktualisierte Auflage, 2016.

Fotos: Alle Rechte liegen bei den Fotograf_innen.

Layout: apabiz

V.i.S.d.P.: C. Schulze c/o apabiz e.V., Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin

www.mbr-berlin.de | www.apabiz.de | blog.schattenbericht.de

© Copyright 2016 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung.

Die MBR ist ein Projekt des »Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.« (VDK). Die MBR und das apabiz werden gefördert im Rahmen des Landesprogramms »Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin - Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.

